

# Industriearbeiter und staatlicher Lohnabbau

Autor(en): **Schmidlin, Fritz**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Rote Revue : sozialistische Monatsschrift**

Band (Jahr): **12 (1932-1933)**

Heft 9

PDF erstellt am: **12.07.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-331501>

## **Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

## **Haftungsausschluss**

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

irgendwo eine Erleichterung für den Lohnabbau zu finden. Würde nun gar der Lohnabbau des eidgenössischen Personals zur Tatsache, so müßte das zu neuen Erschütterungen und Auseinandersetzungen in unserer Politik führen, indem schließlich doch der Schrei nach Preisenkung der landwirtschaftlichen Produkte und der Mieten mit Nachdruck erfolgen würde. Es gibt darum erfreulicherweise auch landwirtschaftliche Kreise, die mit Besorgnis die Lohnabbaukampagne verfolgen und die Maßnahmen der Behörden und Unternehmer ablehnen. Wie weit diese Bewegung geht, wird dann die Abstimmung zeigen. Hoffen wir, daß von dieser Seite eine ansehnliche Hilfstruppe zu uns stößt.

Fassen wir also das Gesagte zusammen, so müssen wir feststellen, daß die Arbeiterschaft nach den Erfahrungen in Deutschland keine Möglichkeit sieht, durch Lohnabbau die Krise zu mildern. Daß sie aber auch keine Möglichkeit hat, den Lohnabbau durch Preisreduktionen der Lebensmittel und der Mietzinse irgendwie auszugleichen. Die Arbeiterschaft wird immer die geprellte sein. Selbst eine wesentliche Senkung der Mietzinse, die für die Verbilligung der Lebenshaltung in erster Linie in Frage käme, würde beim gegenwärtigen System infolge Einschränkung der Bautätigkeit die Arbeitslosigkeit der Bauarbeiter verschärfen und auch ihre Kaufkraft schwächen. *Vollständig muß abgelehnt werden die Meinung, daß der Lohnabbau die infolge einer planlosen Wirtschaft lahmgelegten Industrien konkurrenzfähig machen könnte.* Neue Kämpfe auf allen Gebieten werden die Folge sein, so daß der Lohnabbau anstatt ein Mittel der Besserung ein solches weiterer *Verschlimmerung* sein wird. Wenn wir bedenken, daß in der Großindustrie der Durchschnittsverdienst pro Jahr Fr. 3100.— bis 3400.— beträgt, wenn normal gearbeitet wird (jetzt arbeiten Hunderte um 50 Prozent reduziert oder gar nicht), so muß auch aus allgemein menschlichen und kulturellen Gründen ein weiterer Lohnabbau bekämpft werden. Er wird aber kommen, sobald er beim eidgenössischen Personal perfekt geworden ist. Das weiß die Metallarbeiterschaft. Soweit der Einfluß der gewerkschaftlichen Organisation und ihre Presse reicht, wird mit aller Kraft gegen die eidgenössische Vorlage mobilisiert, um mit dem Sieg des Bundespersonals die eigene Position zu schützen.

---

## Industriearbeiter und staatlicher Lohnabbau

Von F r i t z S c h m i d l i n.

Mit dem vom Bundesparlament beschlossenen Lohnabbau für das eidgenössische Personal haben unsere obersten Landesbehörden einem vom Industrie- und Finanzkapital seit langer Zeit gestellten Begehren Folge gegeben. Die Industrie- und Finanzkreise sind es auch, die im »Eidgenössischen Aktionskomitee für den Lohnabbau« das entscheidende Wort reden und die ganze Aktion finanzieren. Diese Aktion ist in ihrer ganzen Aufmachung darauf angelegt, die Arbeiter und Angestellten der Privatbetriebe, namentlich der Exportindustrie, vom

öffentlichen Personal zu trennen, um damit einen Keil in die sonst unüberwindliche Front aller Lohnarbeiter in der Schweiz zu treiben. Mit dem Appell an den Neid, mit der Vorspiegelung, daß der Lohnabbau die schweizerische Exportindustrie wieder in Gang bringen werde, hofft dieses eidgenössische Komitee sein Ziel zu erreichen. Diesen Geist atmen auch alle jene zahlreichen Erzeugnisse, die bis jetzt aus den muffigen Küchen dieses Zirkels hervorgegangen sind.

### *Es geht alle an!*

Die Flugblätter und Broschüren der Lohnabbauer gehen zum Teil darauf aus, die allgemeine Bedeutung der Lohnabbau-Abstimmung vom 28. Mai möglichst herabzusetzen. Es werde ja von diesem Gesetz nur das Bundespersonal betroffen, und für dieses Personal sei infolge der gesunkenen Lebenshaltungskosten das »kleine Opfer« durchaus tragbar. Also nur keine Aufregung! Wenn sich das Bundespersonal gegen den Lohnabbau wehrt — nun gut, das ist begreiflich. Es soll schauen, wie es durchkommt; für die Privatarbeiterschaft »ist die Sache nicht interessant«. So und ähnlich liest man's in den verschiedenen Zeitungen und Flugblättern.

Die Herrschaften spekulieren auf das kurze Gedächtnis der breiten Volksmassen. Man soll sich offenbar nicht mehr daran erinnern, welche Rolle das Industriekapital in diesem Handel gespielt hat. Wie war es denn im Jahre 1931?

Just vor zwei Jahren hat der mächtigste Unternehmerverband der Schweiz, der *Verband der Maschinen- und Metallindustriellen*, im kleinen Kreise einen *groß angelegten Feldzug für die Herbeiführung eines allgemeinen Lohnabbaues* vorbereitet. In einem vertraulichen Zirkular an die Mitgliedfirmen — es ist seinerzeit in der Partei- und Gewerkschaftspresse im Wortlaut wiedergegeben worden — wurden bestimmte Weisungen gegeben, wie bei der Durchsetzung des Lohnabbaues vorgegangen werden müsse. Die Veröffentlichung jenes Geheimzirkulars hat damals in den Sekretariaten der Unternehmerverbände nicht wenig Aufregung hervorgerufen, und in den Leitungen der großen bürgerlichen Parteien war man direkt konsterniert. *Denn man stand doch unmittelbar vor den Nationalratswahlen!* Diesem Umstand und der Weigerung zahlreicher vernünftiger Firmen ist es zuzuschreiben, wenn damals der Generalangriff auf alle Lohnpositionen der Arbeiter und Angestellten abgeblasen und der *Feldzugsplan umgestellt* wurde. Den Firmen ist dann der Rat gegeben worden, »individuell« vorzugehen. Diesem Rat ist zwar nicht überall, aber in vielen Betrieben nachgelebt worden. Es wurden besonders diejenigen Firmen vorgeschickt, deren Arbeiterschaft infolge starker Arbeitslosigkeit oder ungenügender Organisationsverhältnisse einen wirkungsvollen gewerkschaftlichen Abwehrkampf nicht führen konnte. Ueberall da, wo günstige Abwehrmöglichkeiten bestanden, haben die Unternehmer auf einen Angriff verzichtet oder sind durch Kampf zum Nachgeben gezwungen worden. Allüberall regte sich der Widerstand; in Inlandindustrie und Inlandgewerbe gelang es den Gewerkschaften fast durchweg,

die Lohnpositionen zu halten. *Und um diesen Widerstand ein für allemal zu brechen und die Bahn für die allgemeine Lohnsenkung freizumachen, zu diesem Zwecke wurden die Behörden unter Druck gesetzt, zu diesem Zwecke soll der Lohnabbau für das Bundespersonal durchgezwingt werden.* Man will nun zunächst einmal den Abbau beim Bundespersonal (die Privatarbeiter und -angestellten sollen ihn durchsetzen helfen), um dann nachher unter Berufung auf diese Abbaumaßnahme zum Angriff auf alle übrigen Lohnpositionen übergehen zu können. Und zwar nicht nur auf jene, die bisher intakt geblieben sind — sondern auch auf alle jene, die bereits einmal abgebaut worden sind. Denn die Herren Unternehmersekretäre haben ja offen erklärt, und Herr Musy hat es in seiner Programmrede bestätigt: die Löhne sollen zurück auf das Niveau des vorigen Jahrhunderts.

Und darum geht der Kampf um den Lohnabbau beim Bundespersonal, der sich am 27. und 28. Mai dieses Jahres entscheidet, *alle* Lohnverdiener an, und die Arbeiter und Angestellten der privaten industriellen und gewerblichen Betriebe ganz besonders. Wem das bisher nicht klar war, dem haben die *Vorgänge im schweizerischen Baugewerbe* die Augen öffnen müssen. Weit über 100,000 Arbeiter werden in diesem wichtigen Industriezweig beschäftigt. An den verschiedensten Orten sind in diesem Frühjahr die *Arbeitsverträge abgelaufen*. Ueberall hatten die Unternehmer Lohnabbauforderungen gestellt, und die Arbeiterschaft rüstete zum Kampf. In zentralen Verhandlungen mit dem Baumeisterverband wurde schließlich vereinbart, *die bisherigen Lohn- und Arbeitsbedingungen bis Mitte Juni dieses Jahres unangetastet zu lassen*, keinesfalls boten die Unternehmer Hand zu einer Regelung über diesen Termin hinaus. Man will also offensichtlich den Ausgang der Volksabstimmung über das Lohnabbaugesetz abwarten und nachher seine Dispositionen treffen. Ganz ähnlich liegen die Dinge in vielen andern Industriezweigen. Kann es da noch einen Arbeiter oder Angestellten geben, der nicht erkennt, was auch für ihn, für seine eigene künftige Existenz am letzten Maisonntag auf dem Spiele steht?

#### *Der Appell an Neid und Mißgunst.*

Müßte somit der Privatarbeiter schon aus seinem ureigensten Interesse das Lohnabbaugesetz verwerfen — es gibt auch noch andere Gründe, die ihn zu dieser Stellungnahme verpflichten. Es sind dies Gründe und *Gebote der Solidarität*. Die Positionen, welche sich die schweizerische Arbeiterschaft in den letzten Jahrzehnten erobert hat, verdankt sie der unverbrüchlichen Waffenkameradschaft *aller* Arbeiter, unbekümmert darum, in wessen Dienst sie ihr Brot verdienen. Diese Kampfgemeinschaft hat seinerzeit den Achtsturentag für das Bundespersonal gegen die Parole der Unternehmer durchgesetzt, und sie hat später den Achtsturentag der Privatarbeiterschaft erfolgreich gegen die Reaktion des Industrie- und Finanzkapitals verteidigt. *Diese Kampfgemeinschaft muß sich auch in der Volksabstimmung vom 27. und 28. Mai bewähren.*

Das »Eidgenössische Lohnabbaukomitee« möchte die Privatarbeiter-

schaft durch die *Verbreitung von unwahren Angaben über die Löhne des Bundespersonals* von der Erfüllung dieser Solidaritätspflicht abhalten. Man will, namentlich auf dem Lande, den Eindruck erwecken, als ob die Bundesangestellten samt und sonders hohe Besoldungen bezögen, daß ihnen ein Lohnabbau somit gar nichts ausmache. Dieser immer wiederholte Versuch, die öffentliche Meinung irrezuführen, kann nicht scharf genug zurückgewiesen werden. Stellen wir die *Tatsachen* fest: *60 Prozent der Bundesangestellten sind in der 23. bis 26. Besoldungsklasse eingereiht.* Die 26. Besoldungsklasse weist ein Minimum von 2700 Franken und ein Maximum von 3900 Franken jährlich auf; die 23. Besoldungsklasse gewährt als Minimum 2900 Franken und steigt auf ein Maximum von 4800 Franken. *60 Prozent der Eisenbahner beginnen also ihre Laufbahn mit einer Besoldung von 2700 bis 2900 Franken und kommen überhaupt nicht über 3900 bis 4800 Franken hinaus!* Kann man bei den heutigen Lebenskosten einen Abbau an diesen Besoldungen überhaupt verantworten? Namentlich wenn man die Verantwortung, den unregelmäßigen Dienst und alle andern Faktoren in Berücksichtigung zieht?

Hast du ferner schon überlegt, Privatarbeiter, weshalb sich der Bundesrat und die Unternehmer so entschieden wehrten, die untern Besoldungen, die ausgesprochenen Arbeiterlöhne, weniger stark abzubauen als die Spitzengehälter? *Das geschah, weil sie einen Vorwand brauchen, um deine eigenen Lohnpositionen zu drücken.* Jetzt, vor der Volksabstimmung, reden sie nur von den Spitzengehältern und nicht von den Löhnen des Arbeiterpersonals; gelingt ihnen ihr Anschlag, so werden sie nach der Volksabstimmung erklären: Seht, der Bahnarbeiter hat von seinem Einkommen von 2700 Franken über 200 Franken auf dem Altar des Vaterlandes geopfert — also müssen alle Privatarbeiter mit diesem Einkommen dasselbe tun! Das ist der Hintergedanke der Lohnabbauer, wenn sie jetzt so zärtlich um die Stimmen der Privatarbeiter werben und ihnen die »hohen Löhne« der Bundesbahner vor Augen halten.

### *Nützt Lohnabbau dem Export?*

Es ist notwendig, auch über diese Frage in diesem Zusammenhang etwas zu sagen. Zweifellos wird die neugegründete »Werkzeitung der schweizerischen Industrie« in ihren nächsten Nummern versuchen, die Arbeiter der Exportindustrie dadurch für die Parole der Unternehmer zu gewinnen, daß sie ihnen vormacht, durch den Lohnabbau können die Produktionskosten so verringert werden, daß die schweizerische Exportindustrie niedrigere Preise und damit neue Absatzgebiete erobern könne.

Auch das ist eine Irreführung der öffentlichen Meinung, vielfach sogar eine bewußte Irreführung. Das bestätigt schon die Erfahrung im eigenen Lande. Jene Exportbetriebe, die einschneidende Lohnabbaumaßnahmen durchgeführt haben, sind dadurch der Krise keineswegs entronnen — es ist uns kein einziger Betrieb bekannt, der nach durchgeführtem Lohnabbau mehr Aufträge erhielt und mehr Arbeiter be-



schäftigen konnte als zuvor. Noch viel drastischer aber kommt die Verfehltheit der Lohnabbaupolitik zum Ausdruck in jenem Lande, das sie seit fast drei Jahren konsequent und unter behördlicher Mitwirkung durchgeführt hat. Dieses Land ist *Deutschland*. Man vergleiche einmal die nachstehenden Zusammenstellungen über Lohnhöhe, Export und Arbeitslosenzahl; sie sollten auch dem eingefleischtesten Interessenvertreter der Exportindustrie die Augen öffnen.

	Tarifl. Stundenlohn in Pfennigen (Durchschnitt)	Export in Millionen RM.	Zahl der Arbeitslosen
Mai 1930	102,9	1096	2,635,000
Mai 1931	96,9	783	4,053,000
Mai 1932	83,0	447	5,583,000
Dez. 1932	80,1	490	5,722,000

Der einschneidende Lohnabbau von 20 Prozent — in einzelnen Exportindustrien betrug er über 30 Prozent — hat der deutschen Exportindustrie nicht das geringste genützt! *Der Export ist um mehr als die Hälfte zurückgegangen!* Im gleichen Ausmaß ist die *Arbeitslosigkeit gestiegen*, denn die gesunkene Kaufkraft der breiten Arbeitermassen hat auch den Inlandabsatz katastrophal getroffen.

Sagt dieses Beispiel nicht genug? Muß dieselbe Roßkur, die Deutschland nutzlos ins Verderben geführt hat, auch noch am schweizerischen Wirtschaftskörper ausprobiert werden?

Unter der Wucht der Tatsachen haben sich auch in Deutschland bereits zahlreiche Unternehmer gegen die Fortsetzung dieser selbstmörderischen Politik gewandt. Und in der Schweiz? Auch hier wird von vernünftigen Leuten, die durchaus nicht im Lager der Arbeiterschaft stehen, vor diesem Wege gewarnt. So hat Direktor Stucki von der Handelsabteilung des Volkswirtschaftsdepartementes erklärt, daß *der Lohnabbau als exportfördernde Maßnahme versagt habe*. Und einsichtige Leute aus gewerblichen und landwirtschaftlichen Kreisen vertreten denselben Standpunkt.

Lohnabbau ist kein Heilmittel! Mit solchen Kuren ist kein neuer Export zu forcieren. Das darf nicht heißen, daß die schweizerische Exportindustrie einfach ihrem Schicksal überlassen werden soll. Die schweizerische Volkswirtschaft *kann* sich auf die Dauer ohne Exportindustrie nicht halten. Zu neuer Blüte kommen kann sie aber erst dann wieder, wenn *weltwirtschaftlich* bessere Verhältnisse eingetreten sind. Bis dahin muß sie durch staatliche Maßnahmen (Arbeitsbeschaffung, Kreditgarantie, Unterstützung usw.) über Wasser gehalten werden. Das ist nur möglich, *wenn der Inlandmarkt intakt bleibt*. Hier sind die Kräfte vorhanden, die ermöglichen, ohne Katastrophe durch die Krise hindurchzukommen — Lohnabbau aber untergräbt gerade dieses noch feste Fundament und raubt der schweizerischen Wirtschaft jene Stütze, derer sie jetzt am dringlichsten bedarf.

Und darum wird der denkende Arbeiter der Privatbetriebe niemals Hand dazu bieten, jener Politik, die Deutschland an den Rand des Abgrundes gebracht hat, auch bei uns die Tore zu öffnen. Er wird viel-

mehr in eherner Gemeinschaft mit allen andern Arbeitern, Angestellten und Beamten am 28. Mai einen festen Damm gegen die Katastrophpolitik des Industrie- und Finanzkapitals aufrichten helfen, und er wird damit der schweizerischen Volkswirtschaft den bessern Dienst erweisen als jene hohen Herren, die angeblich aus »eidgenössischer Gesinnung« ihre eigenen Profitinteressen vor die Interessen unseres Landes und Volkes stellen.

---

## Kapitalnot oder Absatznot ?

Von Natalie Moszkowska.

»Es ist laienhaft, eine Krise, Arbeitslosigkeit aus zu viel Sparen (Ueberproduktion, Ueberakkumulation N. M.) erklären zu wollen ... Es kann ein Markt auf die Dauer nie dadurch geschwächt oder gar die Volkswirtschaft darum Krisen ausgesetzt werden, weil zu viel gespart wird«, sagt der Bonner Professor Joseph Schumpeter<sup>1</sup>.

So unproblematisch und durch seine Einfachheit bestechend dieser bei bürgerlichen Wirtschaftspolitikern beliebte Lehrsatz auf den ersten Blick erscheinen mag, so unhaltbar erweist er sich dennoch bei näherer Prüfung.

Volkswirtschaftlich gesehen, kann es praktisch wohl nie einen Kapitalüberfluß geben. Gibt es doch immer Möglichkeiten genug, neues Kapital zur Steigerung des Gemeinwohles zu verwenden. Man darf aber nicht vergessen, daß die herrschende Wirtschaftsordnung *privat-* und nicht *volkswirtschaftlich* orientiert ist, daß in dieser Wirtschaftsordnung nur »rentable« Kapitalanlagen in Betracht kommen. Steigerung des Gemeinwohles, das heißt Hebung der Lebenshaltung und des Kulturniveaus der Massen, Besserung der hygienischen Verhältnisse, Minderung der Sterblichkeit usw. — alle diese nicht Profit bringenden Verwendungsmöglichkeiten sind für das Kapital nicht verlockend.

Alle andern Umstände gleichgenommen, würden sich dem Kapital in einer sozialistischen Bedarfsdeckungswirtschaft noch viele Anlagemöglichkeiten bieten, während sie in der kapitalistischen Erwerbswirtschaft längst erschöpft sein dürften.

Die Auffassung Schumpeters, wonach es nie zuviel Kapital geben kann, ist für eine harmonische Wirtschaft richtig, für eine antagonistische aber nicht zutreffend. Die meisten Irrtümer der bürgerlichen Wirtschaftslehre und -politik stammen aus derselben Quelle, nämlich daher, daß man Gesetzmäßigkeiten aus der harmonischen Wirtschaft in die antagonistische, aus einer volkswirtschaftlich in eine privatwirtschaftlich orientierte übertragen zu können glaubt. Der Fehler, den viele bürgerliche Nationalökonomien, Apologeten der kapitalistischen Wirtschaft machen, ist, daß sie die Natur dieser Wirtschaft verkennen, ihren antagonistischen Charakter übersehen, dem privatwirtschaftlich orientierten Kapitalismus volkswirtschaftliche Zwecke imputieren.

In der sozialistischen Gesellschaft wächst der Bedarf (Absatz) mit der Möglichkeit, ihn zu befriedigen; der wachsende Bedarf schafft neue